D E R L A N D R A T

Referat: Assistenz und Kommunikation	DRUCKSACHE	
Az.: A	lfd. Nr.	Jahr
Datum: 20.08.2018	99	2018

Vorlage

		Zutreffendes ankreuzen ☒				
				Beschlussvorschlag		
an (zutreffenden Ausschuss einsetzen und ankreuzen)	Sitzungstag	öffent-lich	nicht-öffentlich	ange-nommen	abgelehnt	geändert
☐		☐	☐			
☐		☐	☐			
☒ Kreisausschuss	31.08.2018	☐	☒			
☒ Kreistag	12.09.2018	☒	☐			
☐ Die Ziele der UN-Behindertenrechtskon-vention wurden berücksichtigt:	☐ ja ☐ nein ☒ entfällt					

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Org.-einheit/Sichtvermerk):							Referat A
Gefertigt: A		Beteiligt:				Landrat Gez. Radeck	zur Beschlussausführung. (Handzeichen)

Betreff:
Antrag der FDP-UWG-ZIEL-Gruppe vom 24.04.2018;
hier: Gutachten zur Überprüfung und Optimierung der Verwaltungsstrukturen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Stattdessen werden Mittel von 100.000 € für die Beauftragung eines Dritten zur Begleitung des Projektes Verwaltungsdigitalisierung („EGovernment“) in den Haushalt eingestellt. Im Zuge dieses Projektes werden auch die Geschäftsabläufe geprüft und optimiert.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE lfd. Nr. 99	Jahr 2018

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen:

Der Antrag der FDP-UWG-ZIEL-Gruppe vom 24.04.2018 zielt auf eine umfassende Organisationsuntersuchung der gesamten Kreisverwaltung in Bezug auf die Personalstruktur und die technische Infrastruktur. Es wird beantragt, für diese Maßnahmen einen Betrag in Höhe von 100.000 € in den Haushalt 2019 einzustellen.

Zunächst möchte ich vorwegschicken, dass ich den Grundgedanken des Antrages begrüße. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Untersuchung der gesamten Kreisverwaltung ein Vielfaches des beantragten Betrages kosten und auch erhebliche personelle Ressourcen für die verwaltungsseitige Begleitung des Projektes binden würde.

Des Weiteren halte ich den Zeitpunkt für eine Untersuchung der derzeitigen Verwaltungsstrukturen für ungünstig. Es ist zu beachten, dass der Kreistag auf meinen Vorschlag hin eine Stelle für das Projektmanagement Verwaltungsdigitalisierung („eGovernment“) im Stellenplan 2018 vorgesehen hat. Ziel dieses Projektes ist, zum einen die durchgängige Umstellung auf die elektronische Aktenführung, zum anderen aber auch die Prüfung, inwieweit bisherige analoge Arbeitsabläufe in digitalisierter Form abgebildet werden können. Im Zuge dieses Projektes werden somit ohnehin sämtliche analogen Geschäftsprozesse kritisch hinterfragt und der jeweilige künftige Personalbedarf überprüft. Dabei gehe ich davon aus, dass sich das Projektmanagement zur Beratung eines Dritten (Beratungsunternehmen, IT-Dienstleister) bedienen muss.

Vor diesem Hintergrund hat der Ausschuss für Wirtschaft und Strategie in seiner Sitzung am 21.06.2018 empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Ich empfehle ebenfalls, den Antrag der FDP-UWG-ZIEL-Gruppe vom 24.04.2018 in dieser Form abzulehnen. Stattdessen sollten die Mittel von 100.000 € in den Haushalt 2019 zur Begleitung des Projektes durch einen Dritten eingestellt werden.